

Italien vor Neuwahlen

Prodis Sturz

Italien scheint in diesen Tagen wieder mal allen Beobachtern recht zu geben, die in dem Land einen Hort ewiger innerer Instabilität sehen. Die deutschen Medien haben ausführlich über den Sturz der Regierung von Ministerpräsident Romano Prodi nach einer gescheiterten Vertrauensabstimmung im Senat am 24. Januar berichtet, so dass wir dies hier nicht mehr ausführlich schildern müssen. Nur soviel sei hervorgehoben: Nicht die Opposition war es, die Prodis Regierung schon nach weniger als zwei Jahren zu Fall brachte, sondern seine eigenen Verbündeten. Es reichte der Auszug einer Mini-Partei (der „Udeur“ von Justizminister Clemente Mastella), um Prodis Allianz zu sprengen. Zu weit gespannt war das Bündnis, das genauso engagierte Katholiken wie radikale Kommunisten in seinen Reihen zählte, und zu dünn war seine Regierungsmehrheit im Senat.

Schon zum zweiten und wohl zum letzten Mal ist der „Professore“ also nicht an Berlusconi gescheitert, sondern an den inneren Widersprüchen und Fliehkräften seines Lagers. Dass mitten in der Regierung damit begonnen wurde, um die zwei tragenden Parteien des „Centrosinistra“ zu einer einzigen, der „Demokratischen Partei“, zu fusionieren, und dass Prodi im neuen Parteiführer Walter Veltroni eine Art Kronprinz an die Seite gestellt wurde, hat seinen Sturz wohl noch beschleunigt. Jedenfalls wurde das Prodi-Intermezzo zur kürzesten Legislaturperiode der Zweiten Republik – ein auch für Italien bemerkenswerter Negativ-Rekord.¹

¹ Als Zweite Republik gilt Italien seit den inneren Umwälzungen von 1992 bis 1994, die den Untergang des „Democrazia Cristiana“-Systems begleiteten. Dies war zwar mit 650 Tagen die kürzeste Legislaturperiode seit 1994, aber wohlgemerkt nicht die kürzeste Amtszeit einer Regierung in der Zweiten Republik.

Prodi hat angekündigt, bei den für den 13. und 14. April angesetzten Wahlen nicht mehr für einen Parlamentssitz zu kandidieren, sondern sich künftig wieder mehr um seine Familie zu kümmern.

Streit ums Wahlrecht

Als Grund für seinen Rückzug aus der Regierung hatte Mastella angeführt, dass sie ihm angesichts der Ermittlungen gegen seine Frau und ihn nicht genug den Rücken gestärkt habe. Sein Ruf nach sofortigen Neuwahlen und sein Wechsel ins gegnerische Lager allerdings deuten eher auf einen anderen, wenn auch von ihm bestrittenen Hintergrund: Mastella musste fürchten, dass eine Einigung über eine Wahlrechtsreform auf Kosten seiner wie überhaupt der vielen anderen Kleinparteien Italiens gehen würde. Nur Stunden vor Mastellas dramatischem Auszug aus dem Kabinett hatte das Verfassungsgericht den Weg für ein Referendum zum Wahlrecht freigemacht, was den Handlungsdruck auf die Politiker zu einer schnellen Reform stark erhöhte. Hätte Mastella die Regierung Prodi nicht zu Fall gebracht, dann wäre es noch bis zum Sommer zum Referendum und vielleicht sogar schon zuvor zur Reform des Wahlrechts gekommen.²

² Ziel des Referendums, das wegen der Neuwahlen auf 2009 verschoben wurde, ist es, den kleinen Parteien ihr bisheriges „Erpressungspotential“ zu nehmen. Daher soll die so genannte „Mehrheitsprämie“ nicht mehr wie bisher dem stimmenstärksten Parteienbündnis, sondern nur noch der stärksten

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ITALIEN

STEFAN VON KEMPIS

Februar 2008

www.kas.de

Das derzeit gültige Wahlrecht war Ende 2005 von Berlusconi gegen viele Proteste durchgesetzt worden; in gewisser Weise brachte er sich damit allerdings bei den Wahlen vom April 2006 selbst um seinen Wahlsieg. Denn es verhalf dem Mitte-Links-Lager zu einer knappen Mehrheit der Sitze im Senat, die es ohne Berlusconis Wahlrechts-Reform nicht bekommen hätte.³ Nun halten aber dieses Mitte-Links-Lager, die Referendums-Bewegung, das römische Verfassungsgericht, der Industriellenverband und sogar viele Politiker von Mitte-Rechts das jetzige Wahlrecht für äußerst mangelhaft und für eine Quelle der Instabilität; und Staatspräsident Giorgio Napolitano hatte eigentlich gehofft, dass es noch vor den nächsten Wahlen reformiert werden würde. Doch gelang es dem Senatspräsidenten Franco Marini nicht, dem Auftrag des Präsidenten entsprechend eine Übergangsregierung nur zur Durchsetzung dieser Reform zu bilden – Marini scheiterte nach fünf Tagen der Sondierungen an Berlusconis Wunsch nach sofortigen Neuwahlen. Der frühere Premier argumentiert, Prodis Mannschaft habe zwanzig Monate Zeit für eine solche Reform gehabt, es aber an echtem Interesse daran fehlen lassen. Jetzt sei es zu spät:

Partei bzw. Listenverbindung zugute kommen. Allein in dieser kurzen Legislaturperiode ist die Zahl der im Parlament vertretenen Bewegungen („gruppi parlamentari“) von vierzehn auf 23 geklettert. - Die „Mehrheitsprämie“ des jetzigen Wahlrechts sorgt dafür, dass das Parteienbündnis mit den meisten Stimmen im Parlament eine Sitzmehrheit von mindestens 340 Sitzen erhält; das sind 56 Prozent der Abgeordneten. Im Senat spricht die „Mehrheitsprämie“ dem Bündnis mit den meisten Stimmen in einer bestimmten Region 55 Prozent der Sitze zu, die diese Region im Senat beanspruchen kann.

³ Das „Centrosinistra“ hatte bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus vom April 2006 zwar nur ca. 25.000 Stimmen Vorsprung, erhielt aber dank der neuen „Mehrheitsprämie“ eine solide Sitzmehrheit. Bei den gleichzeitig stattfindenden Senatswahlen lag es hingegen um mehr als 300.000 Stimmen zurück, bekam aber durch Sonderregelungen des neuen Wahlrechts dennoch eine leichte Mehrheit der Sitze zugesprochen.

„Nach der Wahl bin ich gerne zu einem neuen Anlauf bereit.“

Berlusconis Comeback

Wie geht es jetzt weiter? Worauf sollten sich Italiens Partner einstellen? In einem sind sich fast alle Beobachter einig: Die Lage spielt Berlusconi in die Hände. Seine baldige Rückkehr in das Amt des Ministerpräsidenten scheint bevorzustehen. Bei den Wahlen wird Berlusconi allen Umfragen nach sowohl Parlament wie Senat für sich gewinnen können – und zwar wohlgerne auch mit dem derzeitigen Wahlrecht. Im Parlament dürfte sein Bündnis wegen der „Mehrheitsprämie“ allemal eine handlungsfähige Mehrheit erhalten, und im Senat ist der Vorsprung nach den jetzigen Umfragewerten zwar knapp, aber nicht so knapp wie für Prodi; er dürfte mindestens zwölf Sitze betragen. Das „Haus der Freiheiten“ liegt derzeit bei über fünfzig Prozent der Wählerstimmen, zehn Prozent vor dem „Centrosinistra“.

Nach Berlusconis Ansicht bedeutet das, dass das jetzige Wahlrecht zwar seine Mängel haben mag, über deren Beseitigung er (nach den Wahlen) auch gerne mit sich reden lasse; dass es aber grundsätzlich das Zustandekommen einer stabilen Regierungsmehrheit nicht verhindere. Außerdem habe das heikle Mehrheitsverhältnis nach den Wahlen von 2006 in erster Linie nicht am Wahlrecht gelegen, sondern an der fast perfekten Zweiteilung der Wählerschaft in politische Lager. Dadurch, dass er sich nicht auf eine Übergangsregierung eingelassen hat, bekommt Berlusconi nun (wieder) seinen Wunschgegner, nämlich Prodi, der bis zum Wahltag kommissarisch weiter als Ministerpräsident amtiert. Prodi ist aus Berlusconis Sicht ein einfacherer Gegner als der Veltroni.

„Signor No“

Berlusconi muss allerdings während des nun einsetzenden Wahlkampfes vermeiden, dass ihm die Schuld am Scheitern einer Wahlrechtsreform vor dem erneuten Urnengang zugeschrieben wird. Schon jetzt nennen ihn

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ITALIEN

STEFAN VON KEMPIS

Februar 2008

www.kas.de

einige Zeitungen ⁴ den „Signor No“, der die politikmüden Italiener aus Eigeninteresse gegen alle Vernunft in neue, teure Wahlen treibe. Berlusconi weist darum bei jeder Gelegenheit darauf hin, dass nach dem Sturz einer Regierung in einer Demokratie nun einmal Wahlen die normale Folgerung seien. Außerdem habe es auch auf der Linken bis zuletzt keinen Konsens über die konkreten Inhalte eines neuen Wahlrechts gegeben; stattdessen hätten auch im Mitte-Links-Lager einige, zum Beispiel Kammerpräsident Fausto Bertinotti, sich für sofortige Wahlen ausgesprochen. Und allzu sehr kann ihn das linke Lager im kommenden Wahlkampf ohnehin nicht mehr „verteufeln“ oder als Mann von gestern abtun - dazu hat es ihn in den letzten Monaten doch zu sehr als Gesprächspartner für Veltroni oder als möglichen Partner einer Übergangsregierung in Betracht gezogen.

Hatte Berlusconi frühere Wahlkämpfe mit der Rhetorik der „rottura“, des Bruches also, betrieben, so wird er es diesmal darauf anlegen, besonders dialogfähig zu wirken. Geflissentlich dankte er daher dem Senatspräsidenten Marini, dem einige im Mitte-Rechts-Lager nach ihrem Wahlsieg schon den Verbleib im Amt zusichern. Und dem „Demokraten“ Veltroni machte er das Angebot, nach den Wahlen fünf Minister in ein zwölfköpfiges Kabinett Berlusconi zu entsenden⁵. Das signalisiert allerdings nicht nur seine Bereitschaft zu Reformen, sondern könnte gleichzeitig darauf angelegt sein, Veltronis Stellung im linken Lager zu schwächen. Und zugleich ist es auch eine unausgesprochene Drohung Berlusconis an sein eigenes Rechtslager: Er gibt damit zu verstehen, dass er durchaus Alternativen zum „Haus der Freiheiten“ hätte, wenn ihm seine Partner zu viele Schwierigkeiten bereiten sollten.

Berlusconis Partner

Dabei kann sich der „Forza Italia“-Chef seiner früheren Bündnispartner im „Haus der Freiheiten“ doch relativ sicher sein – die

sind angesichts des neuen Szenarios schnell wieder unter seine Fittiche zurückgekehrt, weil sie bis zu den Wahlen nicht die Zeit haben werden, auf der Rechten schnell genug ein Alternativ-Programm zu Berlusconi auf die Beine zu stellen. Fini, der noch vor wenigen Wochen von einem nicht mehr zu kitzelnden Bruch mit Berlusconi gesprochen hatte, sieht jetzt keine Schwierigkeit mehr darin, in einem Kabinett Berlusconi III wieder der Juniorpartner zu sein. Die „UDC“ unter Pierferdinando Casini geht sogar geschwächt aus den letzten Tagen hervor: Der Taktierer Casini musste binnen weniger Stunden ein versöhnliches Angebot an Mitte-Links wieder rückgängig machen und sich ohne Wenn und Aber zum „Haus der Freiheiten“ bekennen.

Die „UDC“ hatte sich im Lauf des letzten Jahres immer mehr von Berlusconi abgesetzt: Sie wollte nicht mehr zum „Haus der Freiheiten“ gehören, sondern auf eigene Rechnung Opposition machen, und sondierte demonstrativ die Möglichkeiten zu einer neuen, christdemokratischen Partei der Mitte (Arbeitstitel: „Cosa bianca“), für die sich auch – vom Mitte-Links-Block kommend – Mastella interessierte. Der Zusammenbruch des Hauses Prodi hat die Partei nun überrascht; einen fatalen Moment lang zögerte sie, ob sie auf eine „institutionelle Regierung für Reformen“ setzen oder sich doch wieder an Berlusconi binden sollte. Und auch wenn sich Casini schließlich für ein erneutes Zusammengehen mit Berlusconis Bündnis entschied, so wirkt die Partei doch zerrissen: Innerhalb kurzer Zeit verließen Senats-Vizepräsident Mario Baccini, Ex-Minister Carlo Giovanardi, die Abgeordneten Bruno Tabacci, Emerenzio Barbieri und weitere führende „UDC“-Politiker die Partei – und zwar in verschiedene Richtungen. Baccini und Tabacci werfen Casini und dem „UDC“-Parteisekretär Lorenzo Cesa vor, das Projekt einer neuen „Democrazia Cristiana“ in der Mitte kampfflos aufzugeben, und gründeten daher Ende Januar eine neue Bewegung namens „Rosa Bianca“ (Weiße Rose). Giovanardi hingegen, der in den letzten Jahren Casinis Taktieren Richtung Mitte

⁴ Z.B. La Stampa, 5.2.08.

⁵ Vgl. Corriere della Sera, 5.2.08.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ITALIEN

STEFAN VON KEMPIS

Februar 2008

www.kas.de

immer heftig kritisiert hatte⁶, schließt sich ebenso wie Barbieri Berlusconis Partei an.

Casini spielt die innere Zerrissenheit der „UDC“ herunter und verweist darauf, dass die Partei seit Anfang Februar auch zwei prominente Neuzugänge zu verzeichnen hat, die von Berlusconis Seite herkommen.⁷ Aber seit Beginn dieser kurzen Legislaturperiode hatten schon andere „UDC“-Politiker die Partei verlassen, vor allem der frühere Parteichef Marco Follini, der jetzt an der Gründung der „Demokratischen Partei“ mitwirkt. Es lässt sich daher nicht leugnen, dass die „UDC“ innerlich einer gewissen Zerreißprobe ausgesetzt ist. Verstärkt wird das interne Unbehagen noch durch den Sturz ihres Vize-„Parteisekretärs“: Salvatore Cuffaro trat Ende Januar als Präsident der Region Sizilien zurück, nachdem ein Gericht in Palermo ihn wegen „Begünstigung“ zu fünf Jahren Haft verurteilt hatte.⁸

Casini hofft nun darauf, dass die „UDC“ nach dem Auszug der prominenten Dissidenten letztlich doch geschlossener dastehen wird als zuvor. Er weist darauf hin, dass es auch unter einem Parteisekretär Follini zu schmerzhaften Abspaltungen von der Partei gekommen sei, ohne dass die Wähler die „UDC“ dafür an den Urnen bestraft hätten. Die Partei kann sich laut Umfragen derzeit sechs Prozent der Wählerstimmen zurechnen und wird ihren Wahlkampf ganz auf Casini zuschneiden. Dieser will jetzt offenbar für den Senat kandidieren, dessen entscheidende Rolle in den letzten zwanzig Monaten er genau beobachtet hat, und soll

⁶ Beim letzten „UDC“-Parteitag im April 2007 war Giovanardi bei den Wahlen zum „Parteisekretär“, also eigentlich zum Parteichef, gegen Cesa angetreten und hatte immerhin 14 Prozent der Stimmen erhalten.

⁷ Es sind die Abgeordneten Angelo Sanza und Ferdinando Adornato, letzterer Direktor der Monatszeitschrift „liberal“, der von einer Einheitspartei der Rechten träumt und in dieser Hinsicht von Berlusconi enttäuscht ist.

⁸ Cuffaro legt gegen das Urteil Berufung ein; erleichtert ist er allerdings darüber, dass die Richter den Anklagepunkt „Begünstigung einer mafiösen Vereinigung“ fallengelassen hatten.

sich nach Medienangaben auch für das Amt des Außenministers interessieren.⁹ Die Partei wird sich, wie er versichert, auch künftig darum bemühen, Zünglein an der Waage auf der Rechten zu sein – und gleichzeitig eine deutliche „Alternative zur Linken“ zu bleiben.

Veltronis Alleingang

Und das Mitte-Links-Lager? Eigentlich steht der 52-jährige Parteichef der „Demokraten“, Walter Veltroni,¹⁰ für einen neuen Aufbruch in der Politik, für das Unverbrauchte: Berlusconi ist schon 71. Und doch kommen ihm die Wahlen jetzt wohl nicht zur rechten Zeit. Er hätte lieber vor dem nächsten Urnengang eine Einigung über ein neues Wahlrecht erreicht, um im Wahlkampf schon etwas vorzeigen zu können. Beinahe bis zuletzt hatte Veltroni noch an eine unmittelbar bevorstehende Einigung darüber geglaubt; nur Stunden, bevor Marini aufgab, forderte er noch einmal eine Übergangsregierung „wenigstens für drei Monate“, um die Reform doch noch unter Dach und Fach zu bringen.

Veltronis „Demokratische Partei“ ist immer noch im Aufbau befindlich und daher recht fragil; es kommt in letzter Zeit immer wieder zu Richtungskämpfen ihrer verschiedenen Komponenten, und wie wahlkampftauglich die neue Kraft unter diesen Umständen ist, lässt sich schwer vorhersagen. Dazu kommt aber auch ein gewisses Risiko, das Veltroni mit seiner Ankündigung, die „Demokratische Partei“ werde bei den Wahlen zu Kammer und Senat „alleine antreten“, eingegangen ist. Zwar passt die Ankündigung zu seinem Ruf nach dem Neu-

⁹ Fini soll den gleichen Spekulationen zufolge nach einem Wahlsieg von Mitte-Rechts Präsident des Abgeordnetenhauses werden.

¹⁰ Veltroni will Mitte Februar als römischer Bürgermeister zurücktreten. Sein Nachfolger in diesem Amt wird nach jetzigem Stand der bisherige Vize-Ministerpräsident Francesco Rutelli, bis vor kurzem Parteichef der christlich-liberalen „Margherita“, die mittlerweile in der „Demokratischen Partei“ aufgegangen ist. Rutelli war schon 1993 bis 2001 Bürgermeister von Rom.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ITALIEN

STEFAN VON KEMPIS

Februar 2008

www.kas.de

Aufbruch: Mitte-Links mache jetzt nicht einfach da weiter, wo Prodi aufgehört habe; die „Unione“ Prodis sei tot, und das Modell „Demokratische Partei plus radikale Linke“ habe keine Zukunft mehr. Stattdessen steht künftig – so sieht es Veltroni – eine Partei ganz alleine gegen ein Lager; die „PD“ werde nur mit Parteien koalieren, die ihr (noch gar nicht geschriebenes) Programm zur Gänze mitbringen¹¹, und sie trete alleine gegen ein „Haus der Freiheiten“ an, das genau besehen aus vierzehn Parteien bestehe.¹²

Doch es ist fraglich, ob es ihm mit dieser Alleingangs-Strategie tatsächlich gelingen wird, genügend Mitte-Links-Stimmen auf seine Partei zu ziehen. Zumal ihm mit dem jetzigen Parlamentspräsidenten Fausto Bertinotti von der „Kommunistischen Neugründung“ auf der radikalen Linken ein politisches Schwergewicht als Konkurrent im Wettbewerb um das Amt des Premiers zu erwachsen droht. Immerhin sagen Umfragen derzeit, dass die neue „Demokratische Partei“ im Alleingang durchaus 35 Prozent der Stimmen einfahren könnte.¹³ Und mit einem respektablen Wahlergebnis, mit der dann voraussichtlich stimmenstärksten Partei im Rücken, hätte Veltroni in künftigen Oppositionszeiten zumindest eine bessere

¹¹ Nach jetzigem Stand wären dazu wohl die kleine „Italia dei Valori“ von Antonio Di Pietro und vielleicht auch der „Partito Socialista“ von Enrico Boselli bereit. Der neuen „Cosa Rossa“ und den „Radikalen“ unter Marco Pannella hat Veltroni bereits eine Absage erteilt.

¹² Bei dieser Rechnung übersieht Veltroni allerdings, dass Berlusconis „Forza Italia“ in den letzten Jahren an den Urnen immer die mit Abstand stärkste Partei war; das gab ihm mehr Durchsetzungskraft im rechten Lager, als der bis vor kurzem parteilose Prodi (jetzt Ehrenpräsident der „Demokratischen Partei“) auf der Linken je hatte.

¹³ Die neu gebildete „Cosa Rossa“ mehrerer radikaler Linksparteien käme mit einem Spitzenkandidaten Bertinotti nach den derzeitigen Umfragen auf ca. 10 Prozent. Auch wenn sie sich auf eine Zusammenarbeit mit den „Demokraten“ in welcher Form auch immer einigen könnte, würde das nach den jetzigen Umfragen bei den nächsten Wahlen nicht zu einer Mehrheit von Mitte-Links reichen.

Stellung im Mitte-Links-Block, als sie Prodi je vergönnt war.

Berlusconi hat es trotz aller Appelle Veltronis vermieden, sich ebenfalls auf ein Antreten seiner „Forza Italia“ im Alleingang festzulegen¹⁴. Enge Parteifreunde Veltronis¹⁵ raten ihm öffentlich und unter vier Augen dringend von seinem Alleingang ab, stoßen dabei aber bislang auf wenig Gehör: Für den Römer Veltroni ist diese Frage zur Ehrensache.

¹⁴ Im Gegenteil scheint er es, um sich wirklich eine breite Regierungsmehrheit zu sichern, darauf anzulegen, so viele Partner wie möglich in sein Boot zu holen. Der Corriere della Sera vom 6.2.08 spricht darum vom „Haus der Freiheiten“ als einer „Arche Noah“ für die Klein-Parteien. Gianfranco Finis „Alleanza Nazionale“, Umberto Bossis „Lega Nord“ und die „UDC“ – also die Gründungsparteien des „Hauses der Freiheiten“ zusammen mit „Forza Italia“ – haben Berlusconi jedoch vorgeschlagen, bei der Wahl zum Parlament nur mit einer auf diese vier Parteien beschränkten Listenverbindung anzutreten. Angedacht ist, die übrigen Kleinparteien des Mitte-Rechts-Bündnisses unter einem einzigen, gemeinsamen Logo zu sammeln (vgl. La Repubblica, 6.2.08). Um nicht als Vertreter des „Alten“ und Überholten dazustehen, träumt Berlusconi allerdings von einem gemeinsamen Antreten des „Centrodestra“ unter einem einzigen Parteisymbol, für das er bereits Entwürfe fertigen lässt. Die Aufschrift würde lauten: „Berlusconi Presidente“ (vgl. La Repubblica, 7.2.08). Die Partei- oder Listen-Symbole müssen bis zum 2. März hinterlegt werden; am 10. März läuft dann die Frist aus für die Kandidatenaufstellung, für die Nominierung des Ministerpräsidenten-Kandidaten und für Listenverbindungen.

¹⁵ Vgl. den Offenen Brief des bisherigen Verteidigungsministers Arturo Parisi an Veltroni. In: Corriere della Sera, 6.2.08. Er hält es für selbstmörderisch, wie Veltroni mit dem angekündigten Alleingang der „Demokraten“ auf die Spaltung des Mitte-Links-Lagers setze. Man dürfe das derzeitige Wahlrecht, das von Mitte-Rechts mit diesem Hintergedanken verfasst worden sei, in dieser Tendenz nicht noch unterstützen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ITALIEN

STEFAN VON KEMPIS

Februar 2008

www.kas.de

che, zum Signal eines neuen politischen Stils geworden. Das lange befürchtete Szenario, Italien wieder an Berlusconi „ausliefern“ zu müssen (und zwar ohne eine Reihe geplanter Anti-Berlusconi-Gesetze verabschiedet zu haben¹⁶), verdichtet sich so für viele Mitglieder im Mitte-Links-Lager beinahe zur Gewissheit.

Große Koalition?

So paradox es klingt, aber vielleicht war Prodis Sturz „das Beste, was Italien in den letzten Jahren passiert ist“, urteilt die „Financial Times“¹⁷. Sie glaubt nämlich, dass die Wahlen den Weg für eine Große Koalition zwischen „Forza Italia“ und „Partito Democratico“ bereiten werden, mit dem Gouverneur der Zentralbank Mario Draghi an der Spitze. Wahrscheinlicher dürfte allerdings die Aussicht auf einen Premier Silvio Berlusconi sein – und die Frage ist eigentlich, inwieweit dieser tatsächlich zur derzeit so eindringlich beschworenen Zusammenarbeit mit Veltronis neuer Partei bereit ist.

„Ich werde überraschend sein“, sagt Berlusconi und spricht von einer „Saison der Zusammenarbeit für Reformen“. Die Regierung Prodi hatte 2006 alle ihre Kandidaten für die höchsten Staatsämter zum Teil in Kampfabstimmungen durchgesetzt, und noch zuletzt hatte Prodi im Senat in vollem Bewusstsein, die Mehrheit längst verloren zu haben, die Vertrauensfrage gestellt (angeblich gegen den Rat Napolitanos) und damit wesentlich zur Verhärtung der derzeitigen innenpolitischen Lager beigetragen. Jetzt bemüht sich Berlusconi, vor diesem Hintergrund kompromissbereit aufzutreten. Er werde der (künftigen) Opposition die Präsidentschaft einer Kammer und vieler parlamentarischer Kommissionen überlassen, lässt Berlusconi wissen. Der Publizist Giuliano Ferrara von der Tageszeitung „Il Foglio“ hat schon einen Namen für die von ihm gewünschte, lagerübergreifende Zusammenarbeit der zwei größten Parteien: „Veltrusconi“.

Was allerdings an Berlusconis Ankündigungen ehrlich und was nur Taktik ist, das lässt sich schwer entscheiden. Immerhin mag er sich tatsächlich einiges von einer – zumindest punktuellen – Allianz mit Veltroni versprechen, wenn er in diesen Tagen die Ankündigung des jetzt ins „Centrodestra“ übergelaufenen Mastella hört, seine Partei werde von nun an „im Mitte-Rechts-Block entscheidend“ sein. In der „Demokratischen Partei“ tendiert man derzeit dazu, sich nach der Wahl nicht von Berlusconi in die Regierung einbinden zu lassen, aber in Parlament und Senat die lagerübergreifende Zusammenarbeit zu suchen. Es scheint Veltroni und seinen Mitarbeitern nicht angeraten, wenn ihre neue Volkspartei gleich zu Beginn als Mitarbeiterin an Berlusconis Kabinetts-tisch säße; eine „Große Koalition“ erscheint ihnen nur denkbar, wenn es bei den Wahlen zu unterschiedlichen Mehrheiten in Kammer und Senat kommen sollte.¹⁸

Der Wahlkampf

Berlusconi, der in den letzten Monaten immer wieder den Sturz Prodis prophezeit hatte, will mit folgenden Themen in den Wahlkampf gehen:

- Sicherheit: Mehr Polizisten in den Stadtvierteln, schärfere Bedingungen für Immigranten.
- Modernisierungsdefizite in Süditalien: Wiederaufnahme der unter Prodi eingefrorenen Infrastruktur-Projekten.
- Energieversorgung: Ja zur Atomenergie (und in diesem Zusammenhang eine energiepolitische Achse mit Frankreich).
- Soziales: Neue Programme für sozialen Wohnungsbau, Hilfen für junge Paare beim Wohnungskauf.
- Fiskus: ein Bündel von Steuersenkungen.
- Kirche: Verschärfung des Abtreibungsgesetzes.
- Justiz: Stärkerer Datenschutz.¹⁹

¹⁶ Das wären z.B. ein Gesetz gegen Interessenkonflikte und ein neues Fernseh-Gesetz.

¹⁷ FT, 4.2.08.

¹⁸ Giovanni Sabbatucci, in: Il Messaggero, 5.2.08.

¹⁹ Vgl. Il Tempo, 5.2.08.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ITALIEN

STEFAN VON KEMPIS

Februar 2008

www.kas.de

Die Kernthemen von Berlusconis Wahlkampf werden der hohe Steuerdruck und das Versagen der Regierung Prodi sein. Veltroni fordert demgegenüber, den „Überschuss“ der reichlich sprudelnden Steuereinnahmen „sofort auszugeben“, um die Gehälter zu erhöhen und die Produktivität anzukurbeln. Das müsse noch unter der Regierung Prodi geschehen – und dazu brauche es die uneigennützigste Mithilfe des „Centrodestra“.

Der „Demokraten“-Führer lässt das Programm der „Demokraten“ derzeit noch von einer Kommission unter Senator Enrico Morando ausarbeiten. Zu rechnen ist allerdings nicht so sehr mit inhaltlichen Überraschungen; es soll ein „trockenes Programm“ mit den Schwerpunkten Wirtschaft, Justiz, Sicherheit und institutionelle Reformen werden und möglichst wenig dem 281 Seiten starken Programm ähneln, mit dem Prodis „Centrosinistra“-Allianz 2006 in die Wahlen ging. Vielmehr wird Veltroni im Wahlkampf seinen neuen Stil betonen: „Mehr Frauen, junge Leute und Arbeiter ins Parlament“, im Fall des Wahlsiegs ein Kabinett mit nur zwölf Ministern (was auch Berlusconi ankündigt), und vor allem Nein zu einer „Politik hinter verschlossenen Türen“ und zur quälenden Suche nach dem kleinsten gemeinsamen Nenner einer überdehnten Koalition. Mit dem Bus will Veltroni von Mitte Februar an durch Italiens Provinzen reisen und den direkten Kontakt zu den Italienern suchen.

Die „Demokraten“ präsentieren sich im Wahlkampf als die Neuheit im politischen System Italiens, als Bruch mit dem Alten (und das zielt nicht nur auf Berlusconi, sondern auch auf das bisherige Mitte-Links-Modell), als mutige Alleinkämpfer. „Ihr seid vierzehn Parteien? Wir sind eine einzige“, sagt Veltroni und leiht sich ein Motto des US-Demokraten Barack Obama aus: „Yes, we can“. Mit dieser Betonung des Innovativen und Unkonventionellen erinnert er etwas an den frühen Berlusconi, der 1994 als erfolgreicher Medienunternehmer in die Politik einstieg und den Reiz des Neuen entfaltete.

Und die italienischen Wähler? Die scheinen sich derzeit, wie auch der „Times“ auffällt,

mehr für den US-Wahlkampf zu interessieren als für ihren eigenen.²⁰ Sie haben zum überwiegenden Teil auch andere Sorgen als ein neues Wahlrecht: Müllnotstand in Kampagnen zum Beispiel, hoher Steuerdruck, Inflation, stagnierende Löhne, marode Infrastruktur. Wer auch immer die Wahlen vom April gewinnt, er wird auf diese Probleme Antworten suchen müssen.

Und er wird wichtige institutionelle Reformen anpacken müssen, die seit über einem Jahrzehnt ausstehen und die das Land nicht ewig vor sich herschieben kann. Dazu gehört vor allem eine Erleichterung des Gesetzgebungsverfahrens (derzeit müssen Gesetze sowohl vom Parlament wie vom Senat beschlossen werden) und eine Entmachtung der Kleinparteien, die im jetzigen System zuviel „Erpressungspotential“ gegenüber der Regierung besitzen. Um der immer stärker grassierenden Politikverdrossenheit zu begegnen, müssten außerdem Regierungen schlanker²¹, die Zahl von Abgeordneten und Senatoren gesenkt²² und der Boden für einen Generationswechsel bei den Politikern bereitet werden.

²⁰ The Times, 6.2.08.

²¹ Prodis Kabinett hat über hundert Minister und Staatssekretäre.

²² Derzeit gibt es 630 Abgeordnete und 315 Senatoren (ohne die Senatoren auf Lebenszeit).